

Pressekonferenz „Ärzte verlangen sofortige Aufhebung aller Corona-Zwangsmaßnahmen“

Volksbegehren für Impf-Freiheit startet.

9.6.2020. In einer heutigen Pressekonferenz in Wien verlangten österreichische Fachärzte die sofortige Aufhebung aller Corona-Zwangsmaßnahmen. DDr. Jaroslav Belsky aus Wien und Dr. Peer Eifler aus Bad Aussee betonten, daß viele der vergangenen und gegenwärtigen Zwangsmaßnahmen im Widerspruch zu elementaren medizinischen Grundlagen stünden: sie seien ohne jede Evidenz, die PCR-Tests für klinischen Gebrauch völlig ungeeignet, es käme zu vielen falsch positiven Tests und es bestünde keinerlei Kausalität eines positiven Tests für Erkrankungen, Kontagiösität, Inzidenz oder Schwere der Infektion. Man wehre sich gegen den Mißbrauch der Medizin für unklare, destruktive und zersetzende politische Zielsetzungen, ganz besonders ohne Dialog oder Einbeziehung von Kritik. Die gesamtgesellschaftlichen Auswirkungen der politischen Vorgehensweise, unter fehlender Hauptwirkung und unverhältnismäßigen Nebenwirkungen, seien katastrophal, fahrlässig und durch nichts zu rechtfertigen. Die gesamte Vorgehensweise erscheine totalitär, irreversibel und eher als eine "Plan-demie" als eine Pandemie, inkl. der Entmündigung, Entwürdigung und Entmachtung des Einzelnen und der Aushebelung der grundsätzlichsten demokratischen Rechte durch gezieltes Schüren von Angst, durch Fehlinformationen, Ungewißheit, Betrug und planmäßiger Bedrohung.

Corona: Fehllalarm!

Die Petition des unabhängigen Personenkomitees für die Aufhebung der Corona-Zwangsmaßnahmen (www.1984.at) wurde bereits von mehreren tausend Bürgern unterzeichnet, die Aktion wird so lange fortgesetzt, bis alle Maßnahmen aufgehoben worden sind. Inge Rauscher, die Sprecherin des Personenkomitees, verwies dabei auf eine umfangreich dokumentierte, über 80 Seiten umfassende Analyse des Leiters des Referats KM 4 für den Schutz kritischer Infrastrukturen, die bereits im Mai aus dem deutschen Bundesinnenministerium geleakt wurde. Deren zentrale Aussage lautet, daß "die beobachtbaren Wirkungen und Auswirkungen von COVID-19 keine ausreichende Evidenz dafür erkennen lassen, daß es sich - bezogen auf die gesundheitlichen Auswirkungen auf die Gesamtgesellschaft - um mehr als einen Fehllalarm handelt." Die gesundheitlichen Schäden durch die verordneten Maßnahmen seien größer als die von COVID-19! Dies greift auch der Epidemiologe und Infektiologe Prof. Dr. Sucharit Bhakdi in seinem soeben erschienenen Sachbuch mit dem Titel "Corona Fehllalarm" auf. Wer sich näher zum Thema "Wider den Corona-Wahnsinn" informieren möchte, kann die umfangreiche, bestens dokumentierte und unabhängige Datenbank in Österreich auf www.animal-spirit.at/news/wider-den-corona-wahnsinn nutzen.

Mag. Christian Zeitz, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts für angewandte Politische Ökonomie, kritisierte in seinem Statement insbesondere, daß die Maßnahmen das Prinzip der Verhältnismäßigkeit verletzen und dabei Grund- und Freiheitsrechte sowie der Rechtsstaat außer Kraft gesetzt würden. Dafür fehle jede Verfassungsgrundlage. Die gezielt erzeugte Massenpsychose stelle ein Instrument der Zwangskollektivierung und der Verkörperung eines demokratiefeindlichen Menschenbildes dar. Zu befürchten sei dadurch ein Zusammenbruch der Realwirtschaft aufgrund des Kollapses des Geldsystems sowie eine Destruktion der politischen Kultur durch Globalisierungsdruck.

Recht auf Widerstand.

Inge Rauscher berichtete, daß in Österreich in Kürze ein Buch herauskomme mit dem Titel "Corona-Diktatur - Wissen, Widerstand, Freiheit" von Mag.a Monika Donner, der wissenschaftlichen Leiterin des Instituts für freie Forschung und Förderung der Menschenrechte und Leiterin der Akademie für strategische Bildung (www.Monithor.at). Darin untermauert die hauptberufliche Ministerialrätin im österr. Verteidigungsministerium, daß die sogenannte Corona-Krise der seit 1945 massivste und folgenschwerste Ausnahmezustand sei. Alle relevanten Informationen über COVID-19 seien bereits ab Jänner 2020 verfügbar gewesen. Sie hätten sowohl in Österreich als auch in Deutschland ein faktenbasiertes, liberales und rechtskonformes Gesundheitsmanagement ermöglicht, bei dem die Bürger weitestgehend frei und die Wirtschaft heil geblieben wäre. Die Bevölkerung müsse sich nicht an illegale Vorschriften halten, schon gar nicht an den bereits angekündigten – wenn auch „nur“ indirekten - Impfwang. Der Bürger habe das Recht zum Widerstand, der unbedingt passiv und friedlich erfolgen sollte.

Volksbegehren für Impf-Freiheit kann ab sofort unterschrieben werden.

Im Rahmen der Pressekonferenz präsentierte Dr. Rudolf Gehring von der Christlichen Partei Österreichs (CPÖ) das soeben vom Innenministerium freigeschaltene "Volksbegehren für Impf-Freiheit", das ab sofort österreichweit unterschrieben werden kann. Es wendet sich gegen jegliche Benachteiligung von Menschen, die nicht geimpft sind. Im Sinne des Gleichheitsgrundsatzes seien alle Staatsbürger gleich zu behandeln, unabhängig davon, ob sie sich impfen lassen oder nicht. Das Recht auf körperliche Unversehrtheit müsse unbedingt gewahrt bleiben, auch für Kinder, Kranke und Alte, die nicht für sich selbst entscheiden können. Die Entscheidung über eine Impfung ist eine höchstpersönliche und dürfe nicht von staatlicher Seite vorgeschrieben und - direkt oder indirekt - erzwungen werden. Der nunmehr offiziell genehmigte Text des Volksbegehrens lautet:

Ergänzung des Art. 7 der Österreichischen Bundesverfassung durch: *"Staatsbürger, die an ihrem Körper keine chemische, biologische oder hormonelle Veränderung durchführen haben lassen und keine mechanischen oder elektronischen Implantate tragen, dürfen in keiner Weise gegenüber anderen Personen benachteiligt werden. Es ist unzulässig, solche Veränderungen zwangsweise an Personen vorzunehmen."*

Franziska Loibner, Obfrau des impfkritischen Vereins "AEGIS", gab in der Pressekonferenz die volle Unterstützung des Volksbegehrens für Impf-Freiheit durch AEGIS bekannt. Sie erwähnte die vielen Schäden durch Impfungen bis hin zu Todesfällen und wie dennoch viele Ärzte und Ärztinnen Angst davor haben müssen, schon bei der kleinsten impfkritischen Anmerkung auf ihrer Homepage vor die Ärztekammer zitiert zu werden. Dabei sei jede Impfung ein medizinischer Eingriff und dürfe nur nach persönlicher Aufklärung erfolgen. D.h. die Ärzte sind zur Aufklärung verpflichtet und der Patient muß in die Impfung ausdrücklich einwilligen! Sie kritisierte die Zulassung von sogenannten „Impfstraßen“ mit Massenimpfungen ohne jede Aufklärung. Wenn Politiker sagen, daß es keinen Impfwang geben werde, müsse sie darauf hinweisen, daß für sehr viele Menschen in unserem Land dieser Impfwang bereits gelte: Nämlich für Medizinstudenten, alle im Pflegeberuf Tätigen, Krankenschwestern, Militärangehörige. Auch von Lehrern und Kindergartenpädagogen werde dies selbstverständlich erwartet.

Beim weltweiten Geschäft mit einem Impfstoff gegen COVID-19, um den dzt. ein Wettrennen hunderter Pharmahersteller stattfindet, möge man bedenken, daß dieser ein RNA-

Impfstoff sein soll, der gentechnisch hergestellt wird und dessen gesamte Inhaltsstoffe nur die Hersteller wissen werden. Auch die propagierte Digitalisierung dieses Impfnachweises, der sehr sensible persönliche Daten beinhaltet, sei ein erhebliches Risiko für Daten-Mißbrauch bzw. -Diebstahl.

Die Pressekonferenz schloß mit einem gemeinsamen Appell aller Redner für Gesundheit, Freiheit und Demokratie.

Inge Rauscher, Sprecherin des Unabhängigen Personenkomitees für die Aufhebung der Corona-Zwangmaßnahmen und Obfrau der "Initiative Heimat & Umwelt".

p.A. 3424 Zeiselmauer, Hageng. 5. Tel.02242/70516 oder 0664/489 37 97. ihu@a1.net

www.1984.at, www.heimat-und-umwelt.at